

Calmer Tagblatt

Nr. 216.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 60 Pfg. Resten 2.—Mk. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Donnerstag, den 16. September 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Mk. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Ein neuer polnischer Putzplan gegen Oberschlesien.

Eine deutsche Note über die polnischen Pläne.

Berlin, 15. Sept. Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien hat dem Präsidenten der Internationalen Kommission in Opatowitz, General Lerond, am 14. September eine Note überreicht, in der gesagt wird, daß die deutsche Regierung im Besitz von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Anordnungen sei, die einen neuen Beweis für die Absicht einer gewaltsamen Besetzung Oberschlesiens durch eine geheime polnische Kampfgesellschaft erbringe.

Danach sei das gesamte Abstimmungsgebiet in Bezirke gegliedert, die 74 Rayons umfassen. Jeder Rayon verfügt mindestens über eine Sturm- und eine Maschinengewehr-Abteilung, an die sich Infanterieeinheiten gruppieren. Am 11. Juli 1920 zählte diese Organisation 11736 Köpfe. Daneben bestehen als in die Rayons eingegliederte Hilfsorganisationen, die sogenannten Sokols. Zu ihnen gehört auch der Verband der Haller-Truppen, der Anfangs Juli bereits 2000 Mann umfaßte. Die Leitung der gesamten Organisation befindet sich bei dem obersten Kommando, das auf polnischem Boden in Sosnowice seinen Sitz hat und dem die Verständigung mit den polnischen höheren Behörden obliegt. Aufgabe der Organisation ist, sich des Hauptindustriebezirks mit den Kreisen Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Rattowitz und Pleß zu bemächtigen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10 000 Mann gerechnet.

In enger Verbindung hiermit steht ein Aufmarschplan, nach welchem auf polnischem Boden bereitgestellte Streitkräfte sich zu gegebener Zeit des gesamten Abstimmungsgebietes bemächtigen sollen. Zum Schluß weist die Note darauf hin, daß ein schweres Verhängnis für das die interalliierte Kommission die Verantwortung tragen würde, von dem Abstimmungsgebiet nicht mehr abzuwenden sei, wenn die polnischen Vorbereitungen nicht unterdrückt würden. Bei der polnischen Regierung, der Friedenskonferenz, dem Heiligen Stuhl, den Kabinetten in London, Paris und Rom seien die erforderlichen Schritte unternommen worden.

Berlin, 15. Sept. Die Blätter veröffentlichen nach einer Meldung der „Schlesischen Volkszeitung“ aus Breslau einen polnischen Geheimbefehl, der die Ueberschritt „Landesverteidigung Oberschlesiens“ trägt und unterzeichnet ist „Oberkommando i. B. Zgierst“. Der Geheimbefehl beginnt mit den Worten: Wie den Herren Kommandanten bekannt ist, bereiten wir uns zu einer neuen Aktion vor, die durch die Verammlung der Bezirkskommandanten beschlossen wurde. Der Befehl gibt dann Anweisung, die Bezirke aufs neue zu organisieren und in jenen Bezirken besondere Kompagnien in Stärke von 150 Mann in drei Kotten aufzustellen. Bei jeder Kompagnie seien besondere Stütztrupps zu bilden, für die nur Vertrauensleute auszuwählen seien. Der Zweck der Stütztrupps sei den Kommandanten bekannt: Im Falle des Beginns der Aktion seien die Ortschaften, von denen die Wehren ausgehen, sofort zu besetzen und Ortskommandanten zu bestimmen. Weitere Informationen würden die Kommandanten nach der Verfügung des Oberkommandanten erhalten.

Deutsche Stimmen zu der Note.

Berlin, 16. Sept. Zu der Note an General Lerond auf Grund der polnischen Geheimdokumente heißt es in der „Voss. Ztg.“: Es handelt sich um einen erneuten dringenden Alarmruf, gestützt auf Dokumente, deren Nachprüfung das Auswärtige Amt dem General empfiehlt. Hoffentlich erfolgt diese Nachprüfung unter größter Beschleunigung. — Die „Tägl. Rundschau“ äußert: Es war die höchste Zeit, daß die Reichsregierung endlich mit dieser Note an die internationale Kommission in Oberschlesien und an die Öffentlichkeit herantreten ist. Gerade weil die polnischen Ausschichten bei der Abstimmung so schlecht geworden waren, haben die Polen die Entscheidung durch Gewalt herbeizuführen gesucht und können Oberschlesien auch nur durch Gewalt in ihren Besitz bringen. — Die dargelegten Verhältnisse sind, wie der „Vorwärts“ schreibt, ganz unhaltbar und die Entente hat die Pflicht, nachdem sie Deutschland die Möglichkeit genommen hat, sich sein Recht zu verschaffen, und da sie die Verantwortung für Oberschlesien trägt, durchzugreifen und dem Treiben der Korfanten und Genossen endlich ein Ende zu bereiten. — Von polnischer Seite wird, wie die „Germania“ schreibt, versucht werden, das gesamte Material als eine Fälschung hinzustellen. Indessen an seiner Echtheit ist nicht zu zweifeln. Man kann nur

wünschen, daß Vertreter der Entente Gelegenheit nehmen, sich davon durch Einblick in die Originale zu überzeugen. — Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Es ist möglich, daß der polnische Operationsplan bereits für den Ausbruch im vergangenen August diente und daß er vorher über die Grenze geschafft werden sollte, um ihn nicht bei den bevorstehenden Kämpfen in deutsche Hand kommen zu lassen.

Der Krieg im Osten.

Der polnische Heeresbericht.

Warschau, 15. Sept. Im Generalkriegsbericht vom 14. Sept. heißt es: Bolschewistische Abteilungen, denen es gelungen war, im Bereich von Rohodyn durchzubrechen, wurden auf der Linie des Flusses Swirz aufgehalten. Im Raume von Sokal erlängten sich unsere Truppen den Übergang über den Bug. Sie drangen nach Kämpfen bis Tatarow vor und besetzten es. Unsere gegen die besetzte Armee Budjennis kämpfenden Divisionen besetzten Wladimir Wolynsk. Am 13. Sept. wurde Kowel von unseren Truppen besetzt, wobei 3000 Gefangene, 36 Geschütze, 2 Panzerzüge, 3 Flugzeuge, 4 Lokomotiven, 300 Wagen und sehr viel Kriegsmaterial erbeutet wurde. Nördlich von Kobrin warfen wir den Feind, der unter unserer Kreuzfeuer schwere Verluste erlitten hatte, zurück. Wir machten 200 Gefangene. — Gestern früh um 9 Uhr griffen die Litauer trotz des verabredeten Waffenstillstandes unsere Abteilungen in Sejnä unerwartet an und drangen weiter in südwestlicher Richtung vor.

Polnische Ansichten über die Konferenz von Riga.

Warschau, 15. Sept. Die polnische Regierung hat beschlossen, weder über den polnisch-litauischen Konflikt, noch über die ukrainisch-ostgalizische Streitfrage auf der Rigaer Konferenz zu verhandeln. In leitenden polnischen Kreisen glaubt man nicht, daß die Rigaer Besprechungen zu einem Ergebnis führen werden. Man hat kein Vertrauen zu dem Friedenswillen der Russen. Diese Anschauung wird im ganzen Lande geteilt. Man hat sich mit einer Fortsetzung des Krieges abgefunden und glaubt an eine Unterstützung von Frankreich.

Die litauisch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 15. Sept. (Havas.) Der litauische Minister des Auswärtigen richtete an den polnischen Außenminister ein Telegramm mit der Mitteilung, daß Litauen den polnischen Standpunkt hinsichtlich der Einleitung von Unterhandlungen teile, daß es aber gegen die Beschuldigungen protestiere, die Neutralität verletzt zu haben. Litauen verlangt, vor dem Völkerbundsrat den Beweis für die durchaus korrekte Haltung seiner Regierung anzutreten.

Rotterdam, 15. Sept. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß das Zusammentreffen der polnischen und litauischen Delegierten verschoben worden ist, da die polnischen Delegierten in Warschau geblieben seien.

Die lettisch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 15. Sept. (Havas.) In Beantwortung eines Vermittlungsvorschlags der lettischen Regierung beauftragte der polnische Minister des Auswärtigen die polnischen Delegierten in Riga, der lettischen Regierung seinen Dank auszusprechen und ihr mitzuteilen, daß die Delegierten Litauens und Polens die Unterhandlungen am 14. September im Kalwarja beginnen und später in Riga fortsetzen werden.

Zur äußeren Lage.

Zur Finanzkonferenz von Brüssel.

Berlin, 15. Sept. Nach der amtlichen Einladung des Völkerbundsrats zu der Finanzkonferenz in Brüssel ist eine Beschränkung der Rechte der Delegierten von Deutschland, Oesterreich und Bulgarien gegenüber den Delegierten der anderen Länder in keiner Weise erwünscht. Es ist notwendig, dies festzustellen, da Havas eine Meldung verbreitet, nach der die von Deutschland, Oesterreich und Bulgarien zur Finanzkonferenz in Brüssel zu entsendenden Delegierten auf der Konferenz nur beratende Stimmen haben sollen.

Wiener Stimmen zur Abfassung der Genfer Konferenz.

Wien, 15. Sept. Die Abfassung der Genfer Konferenz wird von den Blättern im Interesse Deutschlands und der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Europa überaus bedauert, da von der Pariser Beratung wieder ein Diktat an Deutschland zu erwarten sei. — In der „Reichspost“ heißt es, Frankreich solle sich endlich von der Nachpolitik Clemenceaus und Poincares lossagen. Europa verträge einfach die jetzige wirtschaftliche Lage nicht länger. — Die „Neue Freie Presse“ erklärt die Haltung mit der Furcht, daß bei einer Aussprache unter Teilnahme Deutschlands die Uneinigkeit der Entente in wichtigsten und dringendsten Fragen offenkundig würde. — Ebenso ur-

teilt das „Extrablatt“ und warnt Frankreich zugleich, den Bogen nicht zu überspannen und Deutschland zur Verzweiflung zu treiben.

Die schweizerisch-französischen Beziehungen.

Lausanne, 15. Sept. Die Besprechungen zwischen den Vertretern des Bundesrats und Ministerpräsident Millerand dauerten heute Nachmittag etwa zwei Stunden. Nach Schluß der Besprechungen wurde der Presse folgendes offizielle Communiqué mitgeteilt: Die schweizerischen und die schweizerischen Vertreter unterzogen die verschiedenen gegenwärtig zwischen den beiden Republiken schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen einer Prüfung. Sie stellten die Uebereinstimmung in dem Wunsch fest, jede Gelegenheit zu benutzen, die engen Beziehungen zwischen den beiden Ländern durch eine herzliche Regelung dieser Fragen noch enger zu knüpfen. Millerand gab hinsichtlich der freien Zone von Genf den Entschluß der französischen Regierung bekannt, die gegenwärtige Lage bei der zu treffenden endgültigen Regelung im Sinne der Interessen und Gewohnheiten von Genf zu konsolidieren. Die Prüfung der verschiedenen Gegenstände erlaubte, sich entweder sofort zu verständigen oder ein Verfahren festzustellen, das geeignet ist, eine baldige Verständigung herbeizuführen. — Auf den zunehmenden französischen Einfluß in der Schweiz haben wir ja schon längst hingewiesen.

Präsidentenwechsel in Frankreich.

Paris, 15. Sept. Wie der „Matin“ in Sperrdruck mitteilt hat sich der Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik, Deschanel, am letzten Freitag merklich verschlechtert. In Abgeordnetentreffen spricht man von der Möglichkeit seines unmittelbar bevorstehenden Rücktritts. Der Minister des Innern hat sich sofort nach Aix-les-Bains begeben, um den Ministerpräsidenten Millerand von der Lage zu unterrichten. Sofort nach seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Wie das „Journal“ dazu mitteilt, rechnet man damit, daß im Laufe der nächsten Woche eine Zusammenberufung des Parlaments zu einer außerordentlichen Tagung erfolgt, in der nur der Rücktritt Deschanel und das Dekret über die Einberufung der Nationalversammlung verlesen werden soll, da verfassungsgemäß innerhalb 48 Stunden nach dem Rücktritt des Präsidenten die Nationalversammlung zusammenzutreten muß.

Paris, 16. Sept. Die „Agence Radio“ meldet zum Besten des Deschanel, das, was gestern Morgen in der Presse veröffentlicht worden sei, sei richtig. Die Gesundheit des Präsidenten der Republik sei mehr und mehr Schwantungen unterworfen. Deschanel werde zweifellos gezwungen sein, abzudanken. Es sei auch richtig, daß der Ministerrat sich am Freitag mit der konstitutionellen Seite dieser Frage befassen werde. — Uns scheint die Krankheit mehr politischer Natur zu sein.

Rücktritt der Sozialdemokraten aus der tschechoslowakischen Regierung.

Prag, 15. Sept. In der gestrigen Konferenz der Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Partei wurde die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister verlesen, in der sie um die Austrittsbewilligung aus dem Kabinett ersuchen. In dieser Zustimmung wird gesagt, durch die Erklärung der Genossen, die sich zum Kommunismus bekennen, sei die Bedeutung der sozialdemokratischen Partei außerordentlich erschüttert worden, denn aus ihr gehe hervor, daß sich diese Genossen unbedingt zur dritten Internationale bekennen. Unter diesen Umständen könnten die sozialdemokratischen Minister in der Regierung bei der Durchsetzung ihrer Forderungen nicht die ganze Partei und ihre volle Bedeutung in die Waagschale werfen. Das Ersuchen der sozialdemokratischen Minister wurde genehmigt. Ein Antrag auf Vertagung des Kongresses der Partei wurde mit 39 gegen 18 Stimmen angenommen.

Prag, 14. Sept. Die Blätter melden: In der Sitzung des Exekutivkomitees der sozialistischen Partei erklärte der Vorsitzende, daß die Situation ein weiteres Verweilen der Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung nicht gestatte. Auch die Minister der übrigen Koalitionsparteien werden wahrscheinlich ihre Entlassung einreichen. Ein Beamtenkabinett wird bis zur Bildung einer neuen Parteiregierung die Geschäfte führen.

Fortsetzung des englischen Unterdrückungskampfes gegen Irland.

Paris, 15. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus London berichten verschiedene Zeitungen, daß die Regierung beabsichtige, in den nächsten Tagen einen Aufruf zu erlassen zur Aushebung von Freiwilligen zu dem Zweck, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Irland sie zu verwenden.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des 1. Georg Romeisch, Bauern in Altbulach, 2. Baron Georgii auf Hof Georgenau Gde. Mötlingen, 3. Schultheigen Anlage in Neuhengst, 4. Matth. Aufgrer, Bauer in Unterhaugstett, 5. Joh. Schatble, Bauer in Zwerenberg.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 189-192 der MinVerfügung hiezu vom 11. Juli 1912 (RegBl. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: Die verseuchten Gehöfte, bezw. bei der Gemeinde Altbulach außer dem verseuchten Gehöft sämtliche Gehöfte der Brunnengasse von der Kirche abwärts bis zum Stregelweg.

B. Beobachtungsgebiet: bei 3. 1. der übrige Teil der Gemeinde Altbulach, bei 3. 2 die Gemeinde Mötlingen, 3. 3 der übrige Teil der Gemeinde, 3. 4 desgl., 3. 5 der übrige Teil der Gemeinde und die Gemeinden Hornberg, D.-M. Calw und Gau- genwald, D.-M. Nagold.

C. In den Umkreis von 15 km um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks und folgende Gemeinden der Nachbaramter:

1. im Oberamt Nagold wie bei dem Seuchenfall in Kohlerstal, Gde. Altbulach,
2. im Oberamt Herrenberg desgl.,
3. im Oberamt Böblingen desgl.,
4. im Oberamt Leonberg desgl.,

Die vorläufige Tagesordnung

der Völkerverbundversammlung.

Amsterdam, 11. Sept. Der „Telegraaf“ meldet aus London: Die vorläufige Tagesordnung der ersten Sitzung der Völkerverbundversammlung ist bekannt gemacht worden. Daraus sind folgende Punkte hervorzuheben: Zulassung der Staaten, die in der Beilage des Völkerverbundes genannt sind, vorläufige Festsetzung des Sitzes für 1920, Plan für die Errichtung eines permanenten internationalen Gerichtshofs, Errichtung einer permanenten Gesundheitsorganisation, Errichtung einer permanenten Organisation, um die Frage, betreffend internationale Verbindungen, die laut Friedensvertrag von Versailles zu den Befugnissen des Bundes gehört, zu behandeln, Gerichtshöfe zur Beilegung der Streitigkeiten, die in den Artikeln 336, 337, 376 und 386 des Versailles Friedensvertrags und den gleichlautenden Artikeln anderer Verträge mit Bezug auf die internationalen Fragen und die Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrags und so weiter vorgesehen sind. Vorschläge der internationalen Finanzkonferenz, Vorschläge für die wirtschaftliche Waffe des Bundes, die im Notfall gebraucht werden soll, Oberaufsicht über die Ausführung der Abkommen, betreffend den Handel mit Frauen und Kindern, Anträge mit Bundesvertragsvorschlägen der dänischen, norwegischen und schwedischen Regierung, allgemeine Oberaufsicht über die Ausführung der Abkommen mit Bezug auf den Handel mit Opium nach Artikel 25 des Friedensvertrags.

Der hier angeführte § 336 des Friedensvertrags betrifft die Schlichtung von Streitigkeiten, die sich aus der Nichtbeachtung der Verpflichtungen bezüglich der Ausführung von Urteilen zur Unterhaltung und Verbesserung des internationalen Teils eines schiffbaren Wasserstraßennetzes ergeben. § 337 befaßt sich mit der Entscheidung über Arbeiten eines Uferstaats, die geeignet sind, der Schifffahrt in dem internationalen Abschnitt des Wasserstraßennetzes Abbruch zu tun. § 376 bezieht sich auf die Entscheidung von Streitigkeiten, die sich auf Grund der Donauvorschriften ergeben. § 386 enthält die Bestimmungen über Beilegung von Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Rieker Kanals.

Deutschland.

Die französischen Abtrennungsmachenschaften in Bayern.

Von verlässlicher Seite wird dem „Schwäb. Merkur“ über die separatistische Bewegung in Bayern mitgeteilt: Organisiert wird diese Bewegung durch die politische Propaganda-Abteilung beim französischen Ministerpräsidium, die sich „Union d'expansion nationale“ nennt. Der französische Gesandte in München, Dard, hat bedeutende Kredite zur Verfügung erhalten und hofft, bei der bayerischen Volkspartei und bei einigen Mitgliedern der jetzigen bayerischen Regierung Unterstützung zu finden. Die Mitglieder der französischen Mission in München haben vom französischen Ministerpräsidenten geheime Anweisungen zur Einrichtung von Propagandazentren im bayerischen Hochadel und im bayerischen Bürgertum erhalten. Bestimmte Salons in München sollen diesem Zwecke dienstbar gemacht werden. Zur Erreichung ihres Zieles spielen die Franzosen die spartakistische Gefahr in Norddeutschland aus. Sie hoffen damit durchzusetzen, daß der Adel und ein Teil der Bürger und mittleren Grundbesitzer Bayerns der Trennung vom Reich zustimmen und sich mit einer militärischen Besetzung durch Frankreich zur Verteidigung gegen den Bolschewismus einverstanden erklären. Man will dann unter französischem Protektorat einen unabhängigen Föderativstaat errichten, dem Bayern mit Franken, die Pfalz, die Rheinlande und Luxemburg, vielleicht auch Oesterreich angehören würden. Zur Belohnung soll der Anteil Bayerns an der deutschen Kriegsschuld bedeutend herabgemindert werden. Die Anfachung der alten Abneigung Bayerns gegen Preußen soll dabei helfen. Man bemüht sich, unter den Einwohnern der oben genannten Gebiete Helfer anzuwerben, wobei man sehr sorgfältig zu Werke geht.

Kommunistischer Proteststreik in München.

München, 15. Sept. Die Kommunisten beabsichtigen, als Einspruch gegen die Verhaftung des Abgeordneten Eisenberger für Freitag einen zweitägigen Ausstand vorzubereiten, in den auch die le-

5. im Oberamt Neuenbürg desgl.,
6. im Bezirksamt Pforzheim desgl.
Für die verseuchten Gehöfte und Gemeinden gelten die gleichen Maßnahmen wie die bei dem Seuchenfall in Holzbronn angeordneten.

Die Ortspolizeibehörden

werden erjucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ortsüblicher Weise bekannt machen und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebiets sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bzw. § 189 Abs. 1 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen.

Calw, den 15. September 1920.

Oberamt: Bögel, Amtmann A. B.

Öffentliche Bekanntmachung

betr. Feldvereinigung I in Mötlingen.

Das vom Gemeinderat Mötlingen beantragte Unternehmen einer Feldvereinigung I in den Gewanden Dorfwiesen, Brühl, Bronnenäcker, Weidach, Obere Maden, Bühläcker, Heiligenäcker und Schneidenäcker der Markung Mötlingen ist mit Erlaß der Zentralstelle für die Landwirtschaft - Abteilung für Feldvereinigung - vom 29. Juli 1920 Nr. 5422 zur Abstimmung zugelassen worden, nachdem es auf Grund vorläufiger Prüfung als für die Landwirtschaft nützlich und im allgemeinen zweckmäßig erkannt worden ist. Es wird nun gemäß Art. 9 des FeldberGes. vom 30. März 1886 zur Abstimmung über den Antrag und zur Wahl der Mitglieder der Volkstugskommission Tagfahrt auf Mittwoch den 20. Oktober 1920, vormittags 10 Uhr, im Rathaus in Mötlingen anberaumt.

benzinierten Betriebe, vor allem die Bergwerke, einbezogen werden sollen.

Scheidemann über den Bolschewismus.

Kassel, 15. Sept. Heute Nachmittag fand im Stadtpark eine Funktionäreversammlung der S.P.D. statt, die sehr stark besucht war. Das Referat hatte Oberbürgermeister Scheidemann übernommen, der u. a. ausführte, die vollkommene Besiegung Polens durch Rußland würde die Sowjetisierung Polens bedeuten. In dem Augenblick, in dem wir den Bolschewismus hätten, hielten ihn auch der Rhein, die Vogesen und der Kanal nicht mehr auf. Deshalb müßte der Entente immer wieder klar gemacht werden, daß sie sich vor dem Bolschewismus nur bewahren könne, wenn Deutschland leben und arbeiten könne und ebenso auch finanziell nicht erdroffelt werde. Zu der vielfach erörterten Frage eines angeleglichen Wiedereintritts der Sozialisten in die Reichsregierung führte Scheidemann aus: Die Zustände haben sich derart verschlimmert, daß wir trotz sein können nach den Wahlen eine Taktik eingeschlagen zu haben, die damals absolut richtig war und zur Stunde noch richtig ist. Wir gehen schlimmen Monaten entgegen: Lebensmittelpnot, Wohnungselend schlimmer Art, Kohlennot und Frost im Hause, Arbeitslosigkeit und graues Elend auf unabsehbare Zeit. Wir müssen in kürzester Zeit die restlose Sozialisierung des Bergbaues durchzuführen, um nur ein Ziel zu nennen.

Kommunistische Helbenaten.

Erfurt, 13. Sept. Gestern fand hier auf dem Friedrich Wilhelm-Platz eine große vaterländische Kundgebung und Gedenkfeste für die im Weltkrieg Gefallenen statt. Tausende von Teilnehmern hatten sich eingefunden. Während der Feier versuchten Mitglieder des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten die Rednertribüne zu erklären. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Kriegervereine und den Rednertribünen, doch brauchte die Sicherheitspolizei nicht einzuschreiten. Nach der Versammlung zogen die Kommunisten und die Mitglieder des internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten mit roten Fahnen durch die Stadt. - Wenn endlich wird die von der Entente finanzierte kommunistische Propaganda von der deutschen Arbeiterschaft erkannt und ihre Unterstützung abgelehnt?!

Flugpost Basel-Frankfurt a. M.

Basel, 14. Sept. Wie die Baseler Nachrichten von zuständiger Seite erfahren, dürfte die Flugpostverbindung Basel-Frankfurt a. M. in aller nächster Zeit eröffnet werden. Der Postflieger nach Frankfurt wird täglich um 8.30 Uhr von Basel wegfiegen, um so die mit den Nachtzügen in Basel eintreffende Post übernehmen zu können. Der Postflieger von Frankfurt wird täglich zwischen 10.15 und 10.30 Uhr mit feiner Ladung in Basel eintreffen und wird die um 11 Uhr von Basel abgehenden Züge bedienen. Vorgelesen sind Zwischenlandungen in Karlsruhe. Die schweizerische Postverwaltung wird an Deutschland an Flugporto für ein Kilogramm (zirka 100 Stück) 20 Mark bezahlen. Ein Kilogramm Zeitungen wird auf 8 Mark zu stehen kommen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. September 1920.

Dienstnachricht.

* Der Notariatspraktikant Strinz in Hirzau wurde zum Obersteuersekretär bei dem dortigen Finanzamt ernannt; ebenso Steuerpraktikant Häußler in Ludwigsburg, Sohn des Steuerinspektors in Hirzau, zum Obersteuersekretär in Ludwigsburg.

Lichtbildervortrag.

Auf den im Anzeigenteil angekündigten Lichtbildervortrag des Korvettenkapitäns v. Müde sei auch an dieser Stelle hingewiesen. In unseren schnelllebigen Tagen, wo es scheinen könnte, als sei über dem ideoften Parteitreiben und dem krassen Materialismus „vergessen der Stolz und der männliche Mut, vergessen der Ruhm und die Ehre“.

sollen wir uns mehr als je erheben an den unergänglichen deutschen Großkaten im Weltkrieg. Zu ihnen gehören die abenteuerlichen, mit verwegenem Mut ausgeführten Fahrten und Taten der Kreuzer

Hiezu werden die beteiligten Grundeigentümer mit dem Anfügen geladen, daß diejenigen, welche bei der Abstimmung weder in Person, noch durch einen seine Vertretungsbefugnis rechtmäßig nachweisenden Vertreter erscheinen, als dem beantragten Unternehmen zustimmend angesehen und von der Teilnahme an der Wahl der Volkstugskommission ausgeschlossen werden und daß ein Einspruch oder eine Wiedereinlegung in den vorigen Stand gegen gesetzliche Folge des Ausschließens nicht stattfindet. Etwas nicht bekannte Ansprüche auf Freilassung von Unternehmen oder auf Anteilnahme an denselben, welche aus dem Art. 4 und 5 des FeldberGes. abgeleitet werden, sind innerhalb der Ausschließungsfrist von 2 Wochen bei dem Schultheigenamt oder Oberamt geltend zu machen.

Die zweiwöchentliche Ausschließfrist beginnt am 19. September und endigt am 3. Oktober d. J.

Stimmrecht bei der Tagfahrt sind diejenigen Personen, deren Grundstücke nach dem Bescheid der Zentralstelle und dem vorläufigen Erkenntnis des Oberamts in den Kreis des geplanten Unternehmens fallen. An der Verhandlung können auch nichtbeteiligte Grundeigentümer, deren Verhältnisse durch die Feldvereinigung voraussichtlich geändert werden, zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen Anteil nehmen, jedoch ohne Stimmrecht.

Wird die Feldvereinigung bei der Abstimmungstagfahrt beschloffen, so sind von den Beteiligten sofort 3 Landwirte und 2 Erjakmänner (Volkstugskommission) zur Ausführung des Unternehmens zu wählen. Kommt die Wahl aus irgend einem Grunde nicht zustande, so werden die drei Landwirte auf Antrag des Oberamts nach Anhörung des Gemeinderats von der Zentralstelle berufen.

Plan und Beilagen, sowie der Bescheid der Zentralstelle sind vom 19. September ab bis zur Abstimmungstagfahrt auf dem Rathaus in Mötlingen zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt.

Oberamt:

Calw, 14. September 1920. Amtmann Bögel, A. B.

„Königsberg“, „Karlsruhe“, vor allem aber der „Emden“ und der „Mehsa“ unter dem Fregattenkapitän von Müller und dem Kapitänleutnant v. Müde. Es ist dem Vorsitzenden der hiesigen Bürgerpartei gelungen, den Korvettenkapitän v. Müde, den Führer der „Mehsa“, für einen Vortrag am hiesigen Plage zu gewinnen, und wohl viele aus Calw und Umgebung, namentlich auch die heranwachsende Jugend, werden mit stolzen, wenn auch zugleich wehmütigen Gefühlen einen ruhmreichen Abschnitt aus großer Zeit im Geiste miterleben und im Bilde an sich vorübergehen lassen wollen, sich selbst zur Erhebung, den Selben zur Ehre.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten: 4. August: Lotte Elsa, Tochter des Karl Gottlieb Stüdel, Eisenbahnarbeiters; 7. Aug.: Wilhelm Gottlob Eberhard, Sohn des Paul Räuhele, Kaufmanns; 6. Aug.: Theodor Heinrich, Sohn des Adolf Hermann Schnürle, Bäckermeisters; 8. Aug.: Doris Melanie, Tochter des Willi Walter Kadde, Assistenten; 14. Aug.: Maximilian Eduard, Sohn des Hermann Köhlinger, Eisenbahnlandmessers; 21. Aug.: Lieselotte Alma, Tochter des Otto Christian Barth, Lokomotivheizers; 21. Aug.: Karl Otto, Sohn des Karl Friedrich Mesle, Bauassistenten; 24. Aug.: Walter Hans, Sohn des Albert Koch, Strickers; 26. August: Hans August, Sohn des Johannes Kurz, Lokomotivführers in Mühlacker; 11. September: Kurt, Sohn des Wilhelm Kuecht, Bauwerkmeisters.

Erschließungen: 3. Aug.: Emil Heinrich Ulrich, Prof. und Frida Maria Schöck; 13. Aug.: Karl Gottlob Widmann, Telegraphenarbeiter und Luise Regine Rothfuß; 19. Aug.: Friedrich Rudolf Müller, Verwaltungsaktuar und Christiane Emma Ziegler; 4. Sept.: Friedrich Johannes Löcher, Mechaniker und Lydia Maria Volkmer; 10. Sept.: Otto Langenbacher, Lokomotivheizer und Laura Luise Lämmler, geb. Weichselbaum; 14. Sept.: Johann Georg Wurster, Bäcker und Wirt und Luise Katharine Fiechter.

Sterbefälle: 11. Aug.: Paul Schöck, Kind des Eisenbahnschaffners Max Schöck; 25. Aug.: Berta Trauneder, Witwe des Wilhelm Trauneder, Maschinenmeisters in Cannstatt; 25. Aug.: Marie Regine Rüd, Ehefrau des Mesners Christian Matthäus Rüd; 8. Sept.: Johann Georg Erhardt, gew. Stadttagelöhner.

Fremdenverkehr.

Nach einer Verfügung des Ernährungsministeriums wird die Dauer der für den diesjährigen Fremdenverkehr getroffenen Regelung bis 30. September verlängert, auch die erleichternden Bestimmungen für berufstätige Personen haben bis zu diesem Zeitpunkt Geltung.

Das Zweiklassenystem bei der Eisenbahn.

Die Erwägungen über die Einführung des Zweiklassenystems durch die Reichseisenbahnverwaltung haben noch keinen greifbaren Erfolg gezeitigt. Es hat sich ein aus Vertretern der einzelnen Zweigstellen, der früheren bundesstaatlichen Ministerien, gebildeter Ausschuß beim Reichsverkehrsministerium mit der Frage beschäftigt und ein Gutachten abgegeben. Die Frage, ob und wann das Zweiklassenystem zur Durchführung gelangen soll, harret also vorläufig noch der Erledigung. Ein Vorschlag, der die meiste Aussicht auf Annahme hat, geht dahin, für die Posterkasse das arithmetische Mittel aus den jetzigen Sätzen der 1. und 2. Klasse, für die Holzklasse aber dasjenige der Taren für die 3. und 4. Klasse zu wählen, also in den Personenzügen 25 und 12 Pfg. pro Kilometer. Bezüglich der Tarifierung der Schnellzüge sind die Sätze von 30 und 20 Pfg. pro Kilometer vorgesehen, wobei aber Voraussetzung bleibt, daß auch eine entsprechende Anzahl zuschlagfreier Sitzplätze (beschleunigter Personenzüge) gefahren wird.

Von der würt. Landwirtschaftskammer.

In einer Vorstandssitzung der Landwirtschaftskammer wurde die Vieheinfuhr aus Borzberg besprochen, die den stark verseuchten Gebieten des Landes dienstbar gemacht wird. Es kommen bekanntlich 1000 Stück Vieh zur Einfuhr. Die Oberamtsbezirke, die die größten Viehverluste hatten, sollen zuerst beliefert werden. Auf einen Antrag der Landwirtschaftskammer, daß für die an Maul- und Klauenseuche gefallenen

Freie voll
Ministerium
Seuchenve
Vieh ein
besitzer er
die Land
Antrags-G
ihrer Gri
führt wer
schaftsamt

In a
bereitet
Stuttgart
Vieh nicht
wesentliche
15 größten
beim Ein
herstellung
wurde erf
nen, daß
wandere n
und Schw
setzung de
die würt.
hals hätte
preise von

Au
Das
dem heu
auf. Ka
Kartoffel
die Frei
Verbrauc
nicht du
nach der
denn die
- entge
gemei
Reichsve
infolge
rung ger
Kartoffel
den Ver
auch heu
keinen
seinen
versehler
zudeben.
Winter
Es wä
viele Ar
währung
erleichter
stets dan
begnügt
den Bez
die Stab
nahmen

Von
Teilen d
über u
besonder
Bezirk d
radezu
worden
hat bere
Organisi
erjucht n
gebenen
von Ob
Die Bez
trolle d
käufer d
S an de
Auffäufe
schulden
hung des
Von
riden de
zu erwa
Preise j
heftlich,
eine de
hinaus
in den
Lenheim
M. Heil
Tafelob
Verfor
Nach
den Öst
besonder
meinen
die Öst
die un
schwer
Das wä
entstehen
haben v

er mit dem An-
stimmung weder
befugnis rechts-
dem beantragten
Teilnahme an
werden und
in den vorigen
nicht stattfindende
ung von Unter-
welche aus dem
sind innerhalb
Schultheißenamt

am 19. Septem-

diejenigen Ver-
er Zentralfstelle
s in den Kreis
r Verhandlung
r Verhältnisse
ert werden, zur
nehmen, jedoch

ngstagfahrt be-
und usführung
des usgehend einem
dwirte auf An-
derats von der

Zentralfstelle sind
gahrt auf dem
ichtnahme auf-
Oberamt:
Bögel, H. A.

m den" und der
r und dem Kap-
hiesigen Bürger-
den Führer der
u gewinnen, und
auch die heran-
ch zugleich weh-
großer Zeit im
en lassen wollen,
W.

des Karl Gott-
Wilhelm Gott-
Kaufmann;
dolf Hermann
Helanie, Tochter
g.: Maximilian
Eisenbahnland-
Otto Christian
Otto, Sohn des
Aug.: Walter
August: Hans
ationsführers in
dem Knecht,

Ulrich, Prof.
Gottlob Wid-
de Rothfuß; 19.
ngsaktuar und
drieh Johannes
Sollmer; 10.
er und Laura
Sept.: Johann
uise Katharine

ind des Eisen-
Trauneder
fters in Cann-
u des Mesners
org Erhardt,

ministeriums wird
mehr getroffenen
ie erleichternden
n bis zu dielein

isenbahn.

Zweiklassenystems
keinen greifbaren
einzelnen Zweig-
gebildeter Aus-
ge beschäftigt und
nn das Zweiklas-
so vorläufig noch
Ausficht auf An-
thmetische Mittel
ie Holzklasse aber
ählen, also in den
Bezüglich der Ta-
und 20 Pfa. pro
bleibt, daß auch
beschleunigter Per-

ammer.

stammer wurde
sprochen, die den
ur gemacht wird.
zur Einfuhr. Die
hatten, sollen zu
Landwirtschafts-
seuche gefallenem

Freie volle Entschädigung gewährt werden soll, wurde vom
Ministerium des Innern mitgeteilt, daß infolge der starken
Seuchenverluste bei Durchführung dieses Antrags für ein Stück
Vieh ein Beitrag von 47 M von der Zentralkasse der Vieh-
besitzer erhoben werden müßte. Unter diesen Umständen sieht
die Landwirtschaftskammer von einer Weiterverfolgung des
Antrags ab, hält es aber für dringend notwendig, daß die in
ihrer Existenz bedrohten Viehbefitzer mit Staatsmitteln unter-
stützt werden. — Die nächste Vollversammlung der Landwirt-
schaftskammer soll im November stattfinden.

Am die Fleischpreise.

In aller Stille hat sich eine Erhöhung der Fleischpreise vor-
bereitet, wenn nicht schon gar vollzogen. Aus einer Mitteilung der
Stuttgarter Fleischer-Zinnung erfährt man, daß die Landwirte ihr
Vieh nicht um den Höchstpreis abgeben und daß der Metzger ohne
wesentliche Höchstpreisüberschreitung kein Vieh kaufen kann. Die
15 größten Metzger-Zinnungs-Verbände Württembergs waren bereits
beim Ernährungsministerium vorstellig und beantragten die Wieder-
herstellung der alten Fleischpreise (8.30 M. statt 7.20 M.). Es
wurde erklärt, daß die Metzger die Höchstpreisüberschreitung ableh-
nen, daß dann aber auch die Schlachtungen aufhören. Das Vieh
wandere nach Baden, wo „12 M.-Fleischpreise“ bestehen und Schieber
und Schwarzschlächter würden wieder Geschäfte machen. Die Herab-
setzung der Fleischpreise hätte nur dann einen Sinn gehabt, wenn
die württ. Grenzen gesichert wären. Zu diesem reichte es nicht, des-
halb hätte die vor einigen Wochen verfügte Herabsetzung der Fleisch-
preise von 8.30 auf 7.20 M. unterbleiben müssen.

Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung.

Das Städt. Nachrichtenamt Stuttgart schreibt: Mit
dem heutigen Tage hört die Zwangswirtschaft für Kartoffeln
auf. Nach 5 Jahren zum erstenmal kann jedermann wieder
Kartoffeln beziehen von wem und wie er will. Welche Folgen
die Freiheit des Verkehrs haben wird, bleibt abzuwarten. Den
Verbrauchern kann aber nicht dringend genug geraten werden,
nicht durch gegenseitiges Ueberbieten einen Wettlauf
nach der Ware zu beginnen. Dazu besteht keine Veranlassung;
denn die Ernteaussichten für Kartoffeln sind in Württemberg
— entgegen gewissen gegenteiligen Ausstreuungen — im all-
gemeinen nicht schlecht. Die Ausfuhr ist durch die
Reichsverkehrsregelung eingeschränkt, und da überdies heuer
infolge der höheren Preise die Aufnahmefähigkeit der Bevölke-
rung geringer ist als in früheren Jahren, wird jedermann seine
Kartoffeln erhalten können. Gleichwohl empfiehlt es sich für
den Verbraucher, daß er seinen Winterbedarf an Kartoffeln
auch heuer wieder schon im Herbst einlegt. Er braucht dazu
keinen Bezugschein und keine Versandterlaubnis mehr. Wer
keinen Lieferanten auf dem Land hat, sollte jedenfalls nicht
verfehlen, sich für den Winter bei seinem Kartoffelhändler ein-
zudecken. Wer Kartoffeln im Keller hat, ist für den ganzen
Winter der Sorge um ein wichtiges Nahrungsmittel enthoben.
Es wäre erwünscht, wenn auch in diesem Jahre wieder recht
viele Arbeitgeber ihren Arbeitern und Angestellten durch Ge-
währung von Vorküpfeln den Kartoffelbezug für den Winter
erleichterten. Diese Einrichtung ist von den Arbeitnehmern
stets dankbar anerkannt worden und würde heuer mehr denn je
begrüßt werden. Am den Kostleidenden und Minderbemittelten
den Bezug von Kartoffeln für den Winter zu ermöglichen, hat
die Stadtverwaltung wie in den Vorjahren bestimmte Maß-
nahmen vorgesehen.

Obstpreise.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Aus verschiedenen
Teilen des Landes sind beim Ernährungsministerium Klagen
über ungesunde Steigerung der Mostobstpreise, ins-
besondere durch Birne und Bierbrauer, eingelaufen. Aus einem
Bezirk des Landes ist mitgeteilt worden, daß von Wirten ge-
radezu Phantasiereise für Obst geboten bzw. bezahlt
worden seien. Die ungesunde Steigerung der Mostobstpreise
hat bereits starke Unzufriedenheit im Lande verursacht. Die
Organisationen der Birne und der Bierbrauereien sind dringend
erlaubt worden, auf ihre Mitglieder dahin einzuwirken, daß ge-
gebenenfalls durch Zusammenschluß oder gemeinsamer Aufkauf
von Obst eine ungesunde Preissteigerung hintangehalten wird.
Die Bezirksbehörden sind beauftragt worden, eine strenge Kon-
trolle dahin auszuüben, daß nur solche gewerbsmäßige Auf-
käufer den Obsthandel ausüben, die im Besitz der oberamtlichen
Handelserlaubnisse sind, und daß gegen gewerbsmäßige
Aufkäufer, die sich eine ungesunde Preissteigerung wegen Entzie-
hung der Handelserlaubnis eingeleitet wird.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit dem Nächst-
rücken der Kernobsternte ist mehr und mehr ein Bild über die
zu erwartenden Most- und Tafelobstpreise zu gewinnen. Die
Preise schwanken zwar zunächst in den Landesteilen nicht uner-
heblich, sie scheinen aber bis jetzt im großen und ganzen über
eine dem heurigen Ernteaussicht entsprechende Höhe nicht
hinauszuweisen. So wird uns mitgeteilt, daß für Mostobst
in den letzten Tagen bezahlt wurde im Oberamtsbezirk Bra-
tenheim etwa 20 M., Ravensburg etwa 20 M., Nedarjulm 27
M., Heilbronn 30 M. und darüber pro Ztr. Wirtschafts- und
Tafelobst steht im Preis entsprechend höher.

Verförmung mit in- und ausländischem Mostobst.

Nach verschiedenen Mitteilungen entwickeln sich schon jetzt in
den Obstzeugungsgebieten preistreibende Auswüchse,
besonders der wilde Handel wird immer mehr zu einer allge-
meinen Landplage. Es besteht daher die erste Beförderung,
die Obstpreise für die Verbraucher, deren Kaufkraft durch
die ungeheure Verteuerung der ganzen Lebenshaltung
schwer gelitten hat, sich zu unerschwinglichen gestalten werden.
Das wäre tief zu beklagen, neue schwere Erbitterung würde
entstehen und sich wieder gegen die Erzeuger richten. Deshalb
haben verschiedene Erzeuger- und Verbraucherorganisationen

eine Vereinigung zur Versorgung mit in- und ausländischem
Mostobst gegründet. Die geschäftsführende Organisation ist die
Kaufstelle des Verbands landw. Genossenschaften in Württem-
berg, e. V. in Stuttgart. Hoffentlich gelingt es, dadurch der
sinnlosen Preistreibe bei Mostobst Einhalt zu tun.

Ernteträge und Ernteaussichten.

Die auch im August noch anhaltende Trockenheit hat die
Getreideernte, nach den Mitteilungen des Stat. Landes-
amts, sehr begünstigt, so daß jetzt bis auf wenige Reste von
von Haber und Sommerweizen sämtliche Halmfrüchte beinahe
allerorts eingeheimst sind. Da jedoch die Früchte teilweise zu
rasch gereift sind, oft stark lagerien und von Unkraut über-
wuchert waren, befriedigte der Körnerertrag nach den bisherigen
Drückergebnissen nicht ganz und blieb hinter der Schätzung
zurück. Besser ist der Strohertrag ausgefallen. Die lange
Trockenheit verzögerte sodann in manchen Gegenden das Stop-
pelstürzen und die Bestellung der Saatsfurche. Auch das S m d
konnte zum größten Teil gut unter Dach gebracht werden und
gab zumeist einen nach Menge und Güte reichen Ertrag. Fast
durchweg zufriedenstellend war der Klee-Ertrag. Die Spätk-
kartoffeln und die anderen Hackfrüchte sind wegen man-
gelder Feuchtigkeit im Wachstum empfindlich gehemmt worden.
Beinahe überall wird über das Absterben des Krautes geklagt.
Soweit die Ernte der Kartoffeln schon im Gange ist, zeigen sich
die Knollen häufig klein. Bisweilen richten Engerlinge merk-
lichen Schaden an. Die Obstausichten sind infolge des starken
Abfallens von Früchten vielfach vermindert worden, besonders
im Donaukreis. Dazu kommt, daß bei manchen Sorten die
Äpfel klein bleiben und von Würmern angegriffen sind. Die
Birnen lassen noch mehr zu wünschen übrig. Die Weinberge
weisen einen ziemlich ungleichen Stand auf. Wo fleißig ge-
spritzt und geschwefelt wurde, ist er ordentlich, wo dies
blieb, wird der Ertrag nur gering ausfallen. Neben den Schä-
digungen durch Peronospora und Oidium wirkte die in der
zweiten Augushälfte eingetretene kühle, nässliche Witterung
nachteilig auf die Entwicklung der Reben ein. Einzelne
„Glücksährste“ sind aber da und dort zu erwarten.

Verbandsstag der Schreinermeister.

Am Sonntag beging der Schreinermeisterverband für Würt-
temberg und Hohenzollern in Stuttgart im Bürgermuseum
seinen 12. Verbandsstag. Nach dem Geschäftsbericht, den
Sekretär Brünle erstattete, zählt der Verband jetzt 50000 Mit-
glieder. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, bei der
Besetzung der Schlichtungsausschüsse das Handwerk genau so
zu berücksichtigen wie Industrie und Handel. Der Verbands-
tag verlangt eine Vertretung des Handwerks beim Arbeits-
ministerium. Schreinermeister Sinn-Heilbronn hielt dann
einen Vortrag über Holzversorgung und Forstverwaltung. Im
Anschluß daran wurde eine Entschlieung angenommen, wo-
nach die staatliche Holzverwaltung für das Holzgewerbe nicht
befriedigte, ungesunde Mängel hervorrief und auch den
Empfängern bedeutenden Schaden zufügte. Es wird gefordert,
daß die Staatsregierung künftig sich mit dem Schreinermeister-
verband in Verbindung setzt. Dr. Eberle, der Geschäftsführer
der Südwestdeutschen Holzberufs-Genossenschaft, sprach über die
geplante Verschärfung der Unfallverhütungsvorschriften. Eine
entsprechende Entschlieung, die Verwahrung gegen die vom
Arbeitsministerium geplante Verordnung Protest einlegt, fand
Zustimmung. Auch über die Lieferungen für den Wiederauf-
bau der feindlichen Gebiete wurde noch eingehend verhandelt.
Der nächste Verbandsstag soll in Ravensburg stattfinden.

Verbandsstag der Wagnermeister.

Am Sonntag fand in Rottenburg die 9. Landesver-
sammlung der Wagnermeister Württembergs statt, die der Ver-
bandsvorsitzende Jllig-Stuttgart leitete. Stadtschultheiß Wink-
hofer begrüßte die Wagnermeister des Landes. Verbandssek-
retär Kogolert-Stuttgart gab den Geschäftsbericht, der haupt-
sächlich die Schwierigkeiten der Holzbeschaffungsfrage erkennen
ließ. Der Verband hat zurzeit über 1100 Mitglieder. Der Ge-
samtvorstand wurde wiedergewählt. Die nächste Tagung des
Verbands soll 1920 in Hall stattfinden. Eine lebhaftige Aus-
sprache entspann sich über die Frage des Holzverkaufs seitens
der Forstdirektion durch kleine Verkäufe. Ueberall trat der
Wunsch nach weiterer Zuweisung von Holz durch die Forst-
ämter der betr. Bezirke hervor. Am Montag machten die Ver-
bandsmitglieder einen Ausflug in das Handwerkererholungs-
heim nach Niedernau.

Matmäßliches Wetter am Freitag und Samstag.

Der Hochdruck wird der Störungen wieder Herr. Am Frei-
tag und Samstag ist trodenes, mäßig warmes Wetter zu
erwarten.

Der „Beobachter“ stillgelegt.

(SGB.) Stuttgart, 15. Sept. In einem Anruf an seine
Leier teilte der „Beobachter“ mit: Der verlorene Krieg und
der im Gefolge des furchtbaren Vertrags von Versailles unver-
meidliche Zusammenbruch der deutschen Geldwirtschaft schlägt
nun auch der Demokratischen Partei unseres Landes eine herbe
Wunde. Die Beobachter G. m. b. H. sieht sich veranlaßt, den
„Beobachter“ am 30. September ds. Js. eingehen zu lassen, weil
sie es nicht mehr rechtfertigen kann, so große finanzielle Zu-
schüsse, wie sie die Fortführung einer Tageszeitung verlangen
würde, aufzuwenden um aber doch einen Mittelpunkt der
publizistischen Parteiarbeit zu haben, soll von Oktober ds. Js.
ab mit dem gleichen Titel eine politische Wochenschrift der
Demokratischen Partei Württembergs herausgegeben werden.
Die erste Nummer erscheint auf den 3. Oktober zum Preis von
4.80 Mark im Vierteljahr.

Fürsorge für die Studenten.

(SGB.) Stuttgart, 15. Sept. Die bürgerparteilichen Abge-
ordneten Dr. Beißwänger und Dr. Fürst haben an die

Staatsregierung folgende kleine Anfrage gerichtet: „Ist die
Regierung bereit, darüber Auskunft zu geben, wie weit die Ver-
handlungen betr. Einrichtung einer Studentenküche bzw. eines
Studentenheims in Tübingen gediehen sind, und besteht die
Möglichkeit, diese noch im Laufe dieses Semesters in Benützung
zu nehmen?“

Vom Mittelstandsbund.

(SGB.) Stuttgart, 13. Sept. Der württ. Mittelstands-
bund hat sich, wie auf der letzten Mitgliederversammlung mit-
geteilt wurde, mit den Mittelstandsvereinigungen von Bayern,
Baden usw. zu einem großen süddeutschen Mittelstandsbund zu-
sammengeschlossen, der alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen
nunmehr gemeinsam zu bearbeiten entschlossen ist. In Sachen
der Fernsprechwangsanleihe wurde größte Zurückhaltung in
der Aufnahme des Zwangsbetrags empfohlen. Gegen den
Stuttgarter Straßenbahnerstreik erhob sich in der Versammlung
scharfer Protest. An die Direktion wurde die Forderung gestellt,
den durch den Ausstand geschädigten Straßenbahnabonnenten
eine Drittel-Preisermäßigung auf das Oktober-Abonnement zu
gewähren. Ein weiterer Protest wurde gegen die Einfuhrver-
weigerung der von amerikanischen Bürgern gespendeten 100 000
Milchkühe gerichtet. Bezüglich der schon im März zugesicherten
Zuführen von amerikanischem und holländischem Weizenmehl,
das bis heute der deutschen Bevölkerung noch nicht zugänglich
gemacht ist, soll öffentliche Aufklärung darüber verlangt wer-
den, wo die zugesicherten Weizen- und Mehllieferungen, für die
große Reichsmittel gefordert wurden, geblieben sind. Trotz
aller Zusicherungen der Regierung ist das Brot bis heute nahe-
zu ungenießbar geblieben. Trotzdem ist den Bäckermeistern die
Einfuhr von amerikanischem Mehl, das der Bevölkerung zu
3.20 Mark hätte zugänglich gemacht werden können, von der
Regierung versagt worden, während diejenigen, die es sich
leisten können, hinten herum deutsches Weizenmehl um 5—6
Mark das Pfund in jeder Menge zu erhalten in der Lage sind.
Der Zeitpunkt scheint gekommen, in dem die Mehleinfuhr vom
Ausland bedingungslos frei zu geben ist. Schließlich wurde
auch gegen die Höhe der Milchpreise und die Beschaffenheit der
Milch protestiert.

*

Altburg, 15. Sept. Gestern verstarb hier unerwartet schnell
der auch in weiteren Kreisen bekannte Bauwerkmeister Herr
Karl Schneider. Er kam vor etwa 15 Jahren hierher als
kranker Mann, um Erholung zu suchen. Seine Gesundheit
kräftigte sich dann so, daß er seinen Beruf wieder aufnehmen
konnte. Er baute hier neben mehreren anderen Familien-
häusern insbesondere die Pfälzische Fabrik, Gasthaus z. Krone
usw. Da seine Leiche in seine Heimat (Heilbronn) überführt
wurde, so versammelte sich heute Abend eine zahlreiche Menge
vor dem Trauerhause, um ihm das letzte Geleit zu geben.
Vor der Abfahrt hielt der Ortsgeistliche eine zu Herzen gehende
Andacht; auch Herr Schultheiß Wälz widmete dem Verstor-
benen namens der Gemeinde einen warmen Nachruf, in welchem
er die Verdienste, die sich derselbe in der Gemeinde erworben
hat, hervorhob. Herr Schneider war ein offener, ehrlicher
Charakter, sein bescheidenes, gefälliges Wesen machte ihn bei
Jung und Alt beliebt. Die Gemeinde verkert an ihm ein
wertgeschätztes Mitglied und wird ihm stets ein reues An-
denken bewahren. Er hinterläßt eine Witwe und ein Kind,
welchen sich hier die allgemeine Teilnahme seitens der ganzen
Gemeinde zuwendet.

(SGB.) Freudenstadt, 15. Sept. Am Donnerstag vormittag
kommt Reichskanzler Fehrenbach zu einer Besprechung mit dem
Reichspräsidenten Ebert hierher. Er wird im Rathaus Waldbel
Wohnung nehmen. Auch Ministerialdirektor Dr. Schüler, Chef der
Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, wird hier erwartet.

(SGB.) Stuttgart, 14. Sept. Am Dienstag wurde ein
lediger 35 Jahre alter Versicherungsbeamter in seinem Bett
tot aufgefunden. Es liegt Gasvergiftung vor. Der
Berunglückte hatte vergessen, den Gashahnen in seinem Schlaf-
zimmer zu schließen.

(SGB.) Eßlingen, 15. Sept. Die hiesigen Friseurmeister
weigern sich, ihren Gehilfen den für verbindlich erklärten Höchst-
lohn von 120 M. in der Woche zu zahlen. Die Gehilfen wurden am
Dienstag ausgepersert. Wenn bis Ende dieser Woche keine
Einigung erzielt ist, wollen sie provisorische Friseurstuben auf-
machen.

(SGB.) Waiblingen, 16. Sept. Die Unsicherheit in hie-
siger Stadt ist so groß geworden, daß die Stadtverwaltung bei
der Regierung um Entsendung eines Kommandos Polizeiwehr-
mannschaften nachsucht.

(SGB.) Ruffen a. N., 14. Sept. Der gesamten Arbeiter-
schaft des württ. Portland-Zement-Werks ist wegen Mangels
an Aufträgen zum 25. September gekündigt worden.

(SGB.) Gmünd, 14. Sept. Die durch das letzte Hochwasser
angerichteten Schäden erfordern seitens der Stadtverwaltung
einen Aufwand von etwa 180 000 Mark für Wiederherstellungs-
arbeiten.

(SGB.) Ringshain (Ost. Biberach), 15. Sept. Auf tragi-
sche Weise mußte der 73 Jahre alte Müller Albert Rothfelder
sein Leben einbüßen. Da er schon länger kränkelte, ließ er sich
eine Arznei verschreiben. Der Ueberbringer hatte noch ver-
schiedenes in der Apotheke zu besorgen gehabt und gab, laut
„Anz. v. Oberland“, aus Versehen dem Rothfelder ein Fläsch-
chen mit Gift zum Beizen der Frucht. Ohne die Arznei-
flasche näher anzusehen, trank er daraus und empfand bald
heftige Schmerzen. Als man auf den Irrtum aufmerksam
wurde, war es zu spät. Unter schrecklichen Qualen trat in
kurzer Zeit der Tod ein.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Alzburg, den 15. September 1920.

Stadt Karten.
Todes-Anzeige.



Gott der Allmächtige hat meinen lieben guten Vatten den treusorgenden Vater meines Kindes

Karl Schneider
Bauwerkmeister

nach kurzer Krankheit zu sich in die ewige Heimat abgerufen.

Um stille Teilnahme bittet

die tiefgebeugte Gattin
Berta Schneider m. Kind Erhardt.

Die Beerdigung findet am Freitag in Heilbronn statt.

Alzburg, den 15. September 1920.

Trauer-Anzeige.



Allen teilnehmenden Freunden und Bekannten teilen wir die schmerzliche unerwartete Nachricht mit, daß unser lieber treuer Gast

Herr Karl Schneider
Bauwerkmeister aus Heilbronn

nach nur dreitägiger, schwerer Krankheit Dienstag Nachmittag 2 1/2 Uhr in die ewige Heimat abgerufen worden ist. Sein Verlust wird uns unvergänglich bleiben, seine treue Anhänglichkeit, sein guter Charakter, sein liebevolles Wesen gegen Jedermann sichern ihm ein treues Gedenken.

Möge er nun ausruhen in heimatlicher Erde von den Lasten dieses Erdenlebens.

Er ruhe in Frieden!

Familie Braun.

Deckenpfromm, den 14. September 1920.

Todes-Anzeige.



Schmerzerfüllt gebe ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein unvergesslicher Vatte, Bruder und Onkel

Gottlob Hölderlin
Bauer

Dienstag Abend nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Die tieftrauernde Gattin
Christiane Hölderlin.

Beerdigung Freitag Nachmittag 1 Uhr.

Phorosan-Heilinstitut
für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Pforzheim Göthestr. 37 I.

Medizinische Leitung: Dr. med. v. Alfen.
Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung ohne Berufsstörung in kürzester Zeit möglich.
Syphilitische Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hauterkrankungen, wie Bartflechten usw.
Sprechstunden: Werktags 11 bis 6 Uhr
Sonntags 10 bis 1 Uhr
Donnerstag keine Sprechstunde.

Gesundung durch Sauerstoff!

Das natürl. giffreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei **Nerven- und Stoffwechselleiden**
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Zuckerkrankheit, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden unreinem Blut usw.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Zwei neue Leiterwagen

einen Zwelfspänner-Wagen,
und einen guterhaltenen Milchwagen
verkauft
Chr. Stürmer.

Suche auf 1. Oktober ein braves, ehrliches, fleißiges

Mädchen,

nicht unter 18 Jahren.
Frau Anna Holzwarth,
Wehgerei, Hirsau.

Walla-Purin entfernt f. bald Mitterer, Sommerpr. re. verleiht dem Antlitz jugendfrische u. schließt v. frühzeitig. Mittern. 6 Mk. Neue Apotheke Th. Hartmann.

Junges Fräulein
sucht ab 20. Septbr. in Calw oder Liebenzell freundliches, einfaches **Zimmer**

mit Pension auf circa 14 Tage. Gest. Angebote mit Preis unter S. S. 218 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Sehr gut erhalten zu verkaufen:

1 Bügelofen mit Rohr und Ofenstein, Mk. 100.—,
4 Bügelisen, à Mk. 10.—,
1 mittelgroßen Füllosen (Riechne), mit Ofenstein, Mk. 300,—, 1 großes, hartholzernes Regensfaß, Mk. 25.—, 1 neue, starke Ropierpresse, Mk. 45.—.
Wo? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Landw. Consumverein Calw.

Rainit, Chlorkali (52%)
feinstes Koch- u. Viehsalz
sind auf Lager.

Empfehle für die gegenwärtige Gebrauchszeit starke eingebundene **Kasserolle,**
billige Gefälzhäfen
sowie alle Sorten

schönes Hafnergeschirr.
Große Auswahl! Billige Preise!

Albert Knoll,
Tonwarengeschäft, Alburgerstraße.

Für Schüler der landw. Winterschule Calw.

(Unterricht Anfang November bis Mitte März)
sucht Zimmer.
Landwirtschaftsinspektor **Saack**
bei Frau Hauptlehrer Schmid.

Lüchtiger Geschäftsmann,
Ende zwanziger Jahre, stattliche Erscheinung, welcher später das elterliche Geschäft übernimmt, wünscht mit ev. Fräulein vom Lande bekannt zu werden, zwecks baldiger

Heirat.

Berdwiegenheit zugesichert. Gest. Angebote unter S. S. 400 an die Geschäftsst. d. Bl.

Verloren
ging gestern abend von der Haaggasse über den Marktplatz

ein Geldbeutel in Inhalt. Abzugeben bei Frau Franziska, Inselfstraße 203.

Umarbeiten von Pelzen
nach den neuesten Mustern!
Neuanfertigen von Pelzen aus Felle jed. Art
in eimännische Ausführung.
Fr. Dann, Pforzheim
Lerchenstr. 12

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW

Die **wirkungsvolle Ausstattung**
von Reklamedrucksachen
bedingt stets deren **Erfolg!**

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefaßten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

Wirklich zweckentsprechende Drucksachen bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in denkbar kürzester Frist

Verwaltungs- und Stenerratschreiberei,
Verwaltung des städtisch. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks

hat nunmehr

Fernsprecher Nr. 185.

Ratschreiber Schlaich.

Montag, den 20. September, abends 7 1/2 Uhr im „Badischen Hof“

II. Veranstaltung der Sebeka-Stuttgart

Nordischer Abend

Prof. Anton Hekking, Berlin (Cello), Opernsängerin Olga Blomé, Stuttgart (Sopran), am Flügel: Artur Haagen.

Vorverkauf: Buchhandlung Häußler. (Näheres folgt).

Badischer Hof. Calw.

Dienstag, 21. September 1920, abends 8 Uhr:

Kammermusik-Abend
des Gumpesch-Trio aus Stuttgart

Herren: K. Gumpesch (Violine), G. Maile (Cello), W. Oertel (Klavier).

Werke v. Brahms, Smetana, Stojowsky, Dvorak.

Vorverkauf: Buchhandlung Kirchherr. Preise: 1. Platz 4.50; 2. Platz 3.50; Gallerie 2.50.

Agenbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 19. September, 1920 stattfindenden

Nachhochzeit

in das Gasthaus zum „Lamm“ in Agenbach freundlichst einzuladen.

Christoph Schleich,

Sohn des † Adam Schleich in Agenbach.

Marie Renfer

geb. Seeger in Bellstein N. Markbach.

Hirsau Adam's Weinstube.

Empfehle meine

gemütlich. Räume
zur Abhaltung von kl. Hochzeiten und Gesellschaften.

Essen in einfacher bis feinsten Ausführung.

Naturreine Weine.

Hochachtungsvoll

OSKAR ADAM, (Küchenchef) Telefon Nr. 17.

Emmingen.

Infolge Geschäftsaufgabe verkaufen wir am Samstag, den 18. September 1920, von vormitt. 8 1/2 Uhr an im Gasthaus z. „Röhle“ in Emmingen unser

landwirtschaftl. Inventar

darunter: 2 vollständige Wagen, 1 Pflug, 1 Egge, 2 Gültenfässer, 1 Gültenpumpe, 1 Dreschmaschine für elektrischen Betrieb, sonstiges Geschir und Kleingeräte.

Außerdem bringen wir zum Verkauf:

1 Pferd (Einspänn.) 2 Rühre, 2 Rinder,
Wein- und Mostfässer verschied. Größe,
1 Wirtschaftsbüffel, 1 Eisschrank.
Geschwister Huber.